

4. 57, 241
Mai 1965
Sch. 12

Rathaus - Korrespondenz



HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 3. Mai 1965

Blatt 957

Vizebürgermeister Felix Slavik:

Die Leistungen der Bundesländer und Gemeinden werden immer größer
=====

Mehr Entscheidungsfreiheit für lokale Angelegenheiten

3. Mai (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Vizebürgermeister Slavik Sonntag, den 2. Mai, über Föderalismus und Zentralismus sowie über das Dianabad.

Der Vizebürgermeister führte aus: "Heute hätte wieder unser Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Franz Jonas einen seiner Vorträge über Wiener Probleme halten sollen. Bürgermeister Jonas weilt aber heute nicht in seiner Heimatstadt, sondern er ist auf einer Rundreise durch unsere Bundesländer. Sie haben sicher schon alle aus den Zeitungen, durch den Rundfunk oder das Fernsehen erfahren, daß Bürgermeister und Landeshauptmann Franz Jonas als Kandidat für die Funktion des Bundespräsidenten aufgestellt wurde. Die damit im Zusammenhang stehende Rundreise durch unser gesamtes Bundesgebiet gibt nun die willkommene Gelegenheit, das verbindende Band zwischen den österreichischen Bundesländern und den österreichischen Gemeinden noch enger zu schlingen.

Wenn man in den letzten Jahren verhältnismäßig viel öfter als vordem von 'Föderalismus' und 'Zentralismus' reden hörte, so konnten sich wahrscheinlich so manche, vor allem bei uns in Wien, unter diesen beiden Begriffen gar nichts Rechtes vorstellen. Kommt man aber in den Bundesländern herum und in Österreichs Städte und Gemeinden, dann kann man sehr oft hören, daß die Länder oder die Gemeinden manche Probleme besser lösen könnten, als das die Wiener Zentralisten tun. Wenn man nicht weiß, wie diese Äußerungen gemeint sind, dann könnte man zu der Auffassung kommen,

./.

daß es Gegensätze zwischen den Bundesländern und Wien gibt. In Wirklichkeit richten sich solche kritische Äußerungen gegen Verfügungen oder Maßnahmen der Bundesregierung oder der Bundesdienststellen, die in Wien ihren Sitz haben. Aus diesen Äußerungen spricht zumeist der Wunsch, daß man den Ländern und Gemeinden mehr Entscheidungsfreiheit einräumen möge als sie heute haben.

Die Mitglieder der Bundesregierung selbst setzen sich aus Vertretern der Bundesländer zusammen und die Wiener bilden darin nur eine kleine Minderheit. Man kann daher nur was ihren Sitz anbelangt von der 'Wiener' Regierung reden. In Wirklichkeit sind in der Zusammensetzung der österreichischen Bundesregierung alle Bundesländer vertreten.

Wien ist als Bundesland so wie die anderen acht Bundesländer gleichermaßen daran interessiert, eine erweiterte Entscheidungsfreiheit zu erlangen. Wien ist als Bundeshauptstadt und als die größte Gemeinde Österreichs im Bunde mit allen Gemeinden unserer Republik sehr darauf bedacht, die Autonomie der Gemeinden nicht antasten zu lassen. Es gibt in diesen Belangen keine Gegensätze zwischen Wien und den Bundesländern oder zwischen Wien und den Gemeinden. Man kann im Gegenteil behaupten, daß Wien zu den Wortführern sowohl auf der Ebene der Bundesländer als auch auf der Ebene der Gemeinden zählt, die alle gemeinsam für erweiterte Rechte der Länder und Gemeinden eintreten. Das sogenannte Länderprogramm wurde der Bundesregierung vom Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Gleißner und vom Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien Franz Jonas gemeinsam übermittelt.

Der Sinn des Programms liegt erstens darin, daß überall dort, wo Verwaltungsvereinfachungen durchgeführt werden können, Aufgaben des Bundes auf die Länder übertragen werden, weil damit nicht nur Menschen, sondern vor allem auch unter Umständen viel Geld eingespart werden könnte. Zweitens beinhaltet das Programm selbstverständlich aber auch den Wunsch der Länder und Gemeinden, mehr Aufgaben als bisher im eigenen Wirkungsbereich durchführen zu können.

Es ist von den Ländern und den Gemeinden nie bezweifelt worden, daß viele Aufgaben nur bundeseinheitlich geregelt werden können. So kann es zum Beispiel gar keinen Zweifel darüber geben,

daß die Republik Österreich nur eine einheitliche Verteidigungspolitik, eine einheitliche Außenpolitik, eine einheitliche Zollpolitik, eine in weiten Bereichen einheitliche Sozialpolitik betreiben kann. Es kann auch keinen Zweifel darüber geben, daß Recht und Gesetz in allen Bundesländern, in allen Gemeinden die gleiche Gültigkeit haben müssen. Genauso einleuchtend ist aber, daß man in den Ländern und Gemeinden besser beurteilen kann, wie der Lawinenschutz, wie der Güterwegebau, wie eine Wildbachregulierung am besten und zweckmäßigsten durchgeführt werden können, wie überhaupt lokale Aufgaben sicher vorteilhafter von den lokalen Behörden gelöst werden können als von Bundesdienststellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang im besonderen auch auf die Verantwortlichkeit unserer Gemeindeverwaltungen bei einem Problem hinweisen, das in der letzten Zeit vielfach diskutiert wurde. Alle sechs Jahre sind die sogenannten Einheitswerte neu festzusetzen. Diese Einheitswerte haben eine sehr große Bedeutung für hunderttausende Österreicher, weil sie bestimmend sind für die Höhe der Besteuerung und für die Höhe verschiedener Abgaben. Auf Grund einer bundesgesetzlichen Regelung wurden die Einheitswerte auf einer neuen Grundlage errechnet und diese Neufestsetzung hat nun zu sehr unterschiedlichen Auswirkungen für die Steuerpflichtigen geführt. Bei einem Teil der Fälle ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen, bei einem Teil der Steuerpflichtigen ergeben sich geringere Belastungen und bei einem Teil der Steuerpflichtigen ergeben sich Steuererhöhungen, die in vielen Fällen ein beträchtliches Ausmaß erreichen.

Die beiden Regierungsparteien haben in den letzten Monaten Verhandlungen geführt, damit besonders nachteilige Auswirkungen möglichst abgeschwächt werden. Ihr besonderes Augenmerk galt den Siedlern und Einfamilienhausbesitzern, für die ganz bedeutende Erleichterungen vereinbart werden konnte. Auch für Miet-, Wohn- und gemischtgenutzte Grundstücke konnte eine Erleichterung vereinbart werden. Ebenso konnte bei einer Reihe von weiteren Gesetzen erreicht werden, daß für die Steuerpflichtigen gegenüber der derzeitigen Rechtslage Erleichterungen eintreten.

Darüber hinaus sollen die Gemeinden ermächtigt werden, den Wirksamkeitsbeginn vom 1. Jänner 1963 auf den 1. Jänner 1965 unter der Voraussetzung zu verlegen, daß der Gemeinderat einen solchen

Beschluß faßt. Diese Ermächtigung an die Gemeinden soll die Möglichkeit schaffen, in Gebieten, wo sich durch die Neuregelung eine größere Steuerbelastung ergibt, unter der Voraussetzung, daß der Gemeinderat zustimmt, auf die Erhöhungsbeträge für die Jahre 1963 und 1964 zu verzichten. Mit dieser Regelung wäre gleichzeitig verbunden, daß in jenen Fällen, in denen sich eine geringere Steuerverpflichtung ergibt, diese dem Steuerpflichtigen bereits ab dem Jahre 1963 zugute kommt.

Mit diesem Vorschlag ist die Verantwortlichkeit der autonomen Gemeinden eindeutig klargestellt, aber der Bundesminister für Finanzen und die Österreichische Volkspartei erklärten sich bisher damit nicht einverstanden. Es ist dies ein typisches Beispiel dafür, ob man den autonomen Gemeinden zutraut, die für die Gemeinde und die Gemeindebürger beste Lösung zu beschließen oder ob man der Meinung ist, die autonomen Gemeinden wären dazu nicht in der Lage oder brächten nicht den Mut auf, eine für ihre Gemeinde und ihre Gemeindebürger richtige Entscheidung zu treffen.

Es kann und darf in unserer Republik nicht so sein, daß die Interessen einiger Großgrundbesitzer oder Inhaber großer Vermögen schwerer wiegen als die Interessen der Hunderttausende von Einfamilienhausbesitzern und Siedlern, denen man bisher die bereits vereinbarten Erleichterungen verwehrt. Die Gemeinden sind auf Grund der jetzigen Rechtslage verpflichtet, die Grundsteuerbescheide hinauszugeben, ohne die vereinbarten Erleichterungen berücksichtigen zu können. Es wäre daher nach meiner Auffassung höchste Zeit, daß die Österreichische Volkspartei den Widerstand gegen die Beschlußfassung der bereits vereinbarten Steuererleichterungen aufgibt und die notwendigen Beschlüsse im Parlament damit ermöglicht.

Die Angelegenheit Dianabad

In den letzten Tagen wurde des öfters über die Schließung des Dianabades in den Zeitungen geschrieben. Leider stimmen die Veröffentlichungen zu einem großen Teil nicht. Der Grund, warum es zu keiner Einigung kam, liegt darin, daß die Inhaber der Dianabad-AG. zuerst für einen Grund von mehr als 5.000 Quadratmeter drei Millionen Schilling verlangten, dann für 4.200 Quadratmeter, also um mehr als 1.000 Quadratmeter weniger, vier Millionen

Schilling, und in der letzten Phase der Verhandlungen neben den vier Millionen Schilling noch eine Aufzoning um weitere zwei Stockwerke. Der Wert dieser Aufzoning wird von den Fachabteilungen auf 20 bis 30 Millionen Schilling geschätzt. Nach Auffassung der Rechtsabteilungen und der Magistratsdirektion der Stadt Wien ist eine Verquickung von privatwirtschaftlicher Tätigkeit und hoheitlichen Aufgaben absolut rechtswidrig. Aus diesen Gründen konnte von der Wiener Gemeindeverwaltung diesen Vorschlägen der Aktionäre nicht die Zustimmung gegeben werden. Alle Versuche, die Koppelung zwischen Grundkauf und Aufzoning zu beseitigen, sind leider am Widerstand der Aktionäre gescheitert. Sie werden verstehen, daß die Wiener Gemeindeverwaltung keine rechtswidrige Handlung setzen darf.

In diesem Stadium wurde die Zentralsparkasse gebeten, sich zu bemühen, das Aktienpaket zu bekommen. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat für ein Aktiennominale von nicht ganz sechs Millionen Schilling den Aktionären 80 Millionen Schilling angeboten, das sind zirka 5.000 Schilling pro Quadratmeter. Leider wurde auch dieses Angebot nicht akzeptiert, sondern die Inhaber der Aktien, das sind zwei Baufirmen, haben verlangt, daß sie auch den Bauauftrag für alle Bauten, die auf diesem Baugrund errichtet werden, bekommen. Auch damit wäre die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien einverstanden gewesen, unter der Voraussetzung, daß eine Ausschreibung durchgeführt wird und die beteiligten Baufirmen das Bestanbot übernehmen. Auch dieser Vorschlag wurde von den Inhabern der Dianabad-AG. abgelehnt. Sie haben im Gegenteil verlangt, daß für jeden nicht durch ihre Firma gebauten Kubikmeter eine Entschädigung von 150 Schilling gewährt wird. Nach den insgesamt 250.000 Kubikmetern, die auf diesem Baugrund errichtet werden sollten, würde sich daraus eine neuerliche Belastung für den Käufer von 37,5 Millionen Schilling ergeben. Unter diesen Bedingungen konnte auch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien den Kauf nicht durchführen. Und so ist es zur betrüblichen Situation gekommen, daß am 30. April in den Mittagsstunden das Dianabad geschlossen wurde. Die Gemeinde Wien wird sich bemühen, so rasch wie möglich ein Bad zu errichten, um für das verlorengegangene Dianabad einen Ersatz zu schaffen.

Liebe Wienerinnen und Wiener! Ich habe heute nicht nur über Wiener Probleme gesprochen, sondern über Probleme, die alle Bundesländer und Gemeinden und damit auch das Land Wien und die Gemeinde Wien gleichermaßen interessieren."

- - -

Max Hussarek zum Gedenken

=====

3. Mai (RK) Auf den 5. Mai fällt der 100. Geburtstag des Kirchenrechtlers, Unterrichtsministers und vorletzten Ministerpräsidenten der Monarchie, Univ.-Prof. Dr. Max Hussarek-Heinlein.

Er wurde in Preßburg geboren und studierte an der juristischen Fakultät der Wiener Universität. Dann trat er in den Staatsdienst. 1893 habilitierte er sich für Kirchenrecht. Schon vorher war seine Berufung in das Ministerium für Kultus und Unterricht erfolgt, dessen Kultusabteilung er später als Sektionschef übernahm. Von 1911 bis 1917 übte er das Amt des Unterrichtsministers aus. Im Mai 1918 wurde er Ordinarius für Kirchenrecht; zwei Monate später Ministerpräsident. Seine wissenschaftliche Tätigkeit war vor allem dem österreichischen Staatskirchenrecht gewidmet.

- - -

Dürwaringstraße in Währing geteilt

=====

3. Mai (RK) Infolge einer Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist der Verlauf der Dürwaringstraße in Wien-Währing dauernd unterbrochen worden. Es ergab sich die Notwendigkeit, für den abgetrennten Teil der Straße eine neue Bezeichnung zu finden.

Das nördliche Stück der Dürwaringstraße wird nunmehr so umbenannt, daß die Eckpergasse bis zur Scheibenberggasse und die Leschetitzkygasse bis zur Eckpergasse verlängert werden.

- - -

Versagen eines bewährten Straßenbahn-Wagenführers
=====

3. Mai (RK) Am Samstag gegen 15 Uhr fiel einem Fahrgast der Straßenbahnlinie 41 das Verhalten des Fahrers auf, der offenbar nicht im Vollbesitz seines Reaktionsvermögens war. Der Fahrgast verständigte die Polizei. Wenig später wurde der Zug Ecke Währinger Straße-Martinstraße durch die Funkstreife gestoppt und der Wagenführer in das Wachzimmer Schulgasse gebracht, wo durch einen Alkotest festgestellt wurde, daß er offensichtlich unter Alkoholeinwirkung stand.

Von seiten der Verkehrsbetriebe wurde der Fahrer sofort vom Fahrdienst abgezogen und gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Den zuständigen Dienststellen ist das Verhalten des Mannes umso unverständlicher, als es sich um einen Fahrer handelt, der eine sehr gute Dienstbeschreibung hat und sogar wegen langjähriger unfallsfreier und tadelloser Tätigkeit als Lehrfahrer zur Ausbildung des Nachwuchses verwendet wurde. Dennoch soll mit aller Strenge gegen diese erstmalige Verfehlung vorgegangen werden. Nähere Untersuchungen sind noch im Gange.

- - -

Stadtbibliothek kauft Reisetagebuch Franz Grillparzers
=====

3. Mai (RK) Gegen Jahresende 1964 wurde der Wiener Stadtbibliothek von einem Antiquariat im 1. Bezirk das Reisetagebuch Franz Grillparzers "Reise durch Deutschland im Jahre 1826" zum Kauf angeboten. Die Experten der Stadtbibliothek konnten die Identität von Grillparzers Handschrift einwandfrei feststellen und bisher in der Fachwelt bestehende Differenzen über das Aussehen dieses Originals klären.

Bekanntlich bewahrt die Stadt Wien seit der Übergabe des Nachlasses von Franz Grillparzer im Jahr 1878 durch Kathi Fröhlich das Gesamtwerk des Dichters und ist somit verpflichtet, noch in fremdem Besitz befindliche Autographen zu erwerben. Der Kulturausschuss des Wiener Gemeinderates hat daher die zum Kauf des Reisetagebuches von Franz Grillparzer notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

- - -

Dankkonzert der Symphoniker in St. Pölten
=====

3. Mai (RK) Am Sonntag, dem 9. Mai, wird um 11 Uhr in der Stadthalle von St. Pölten das Dankkonzert Wiens für den niederösterreichischen Weihnachtsbaum durchgeführt, der im vergangenen Dezember als Gruß der Bundesländer an ihre Hauptstadt den Wiener Rathausplatz zierte. Dieser "Bundesländerbaum" vor dem Wiener Rathaus ist bereits zu einer allseits beliebten Tradition geworden. Ebenso traditionell ist das Dankkonzert, das im darauffolgenden Jahr in der betreffenden Landeshauptstadt von den Wiener Symphonikern dargeboten wird.

Da sich der Sitz der niederösterreichischen Landesregierung in Wien selbst befindet, wurde diesmal St. Pölten für dieses Konzert ausgewählt. Nun hat St. Pölten, wohl infolge seiner gewohnten Nachbarschaft zur Wiener Musikwelt, den Wunsch nach großen Werken der österreichischen Meister geäußert. Die Symphoniker bringen daher, unter ihrem Dirigenten Kurt Rapf, die Ouvertüre zu dem Trauerspiel "Coriolan", op. 62 von Ludwig van Beethoven zu Gehör. Daran schließen sich die Symphonie g-moll, K.V. 550, von Wolfgang Amadeus Mozart und die 6. Symphonie, C-Dur, von Franz Schubert. Dem Konzert, dessen Reinertragnis einem gemeinnützigen Zweck zugute kommt, werden führende Persönlichkeiten des Wiener und niederösterreichischen Kulturlebens beiwohnen.

- - -

Erdrutsch bedroht II. Wiener Hochquellenleitung
=====

3. Mai (RK) In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen gab Stadtrat Pfösch einen Bericht über die Lage in Wilhelmsburg, wo ein Erdrutsch von gewaltigen Ausmaßen den Rohrstrang und die Überlaufkammer Nr. 79 der II. Wiener Hochquellenleitung sehr gefährdet.

Am vergangenen Freitag stellte ein Aufsichtsbeamter der Wiener Wasserwerke fest, daß ein südlich von Wilhelmsburg oberhalb der Trasse der II. Hochquellenleitung liegender, zirka 500 Meter langer Wiesenhang in einer Breite von 50 Meter ins Rutschen gekommen war. Da die gleitende Erdschichte etwa zwei Meter dick ist, handelt es sich um 50.000 bis 60.000 Kubikmeter Erdreich, das mit unvorstellbarer Gewalt auf den Rohrstrang der Wasserleitung zurutscht. Die Erdbewegung entstand durch die Regenfälle der letzten Zeit, die zur Vermurung eines Weges geführt haben, durch die Wassermassen aufgestaut wurden, die schließlich in das Erdreich des betreffenden Hanges eindringen. Der Untergrund, der aus einer Tegelschichte besteht, wurde aufgeweicht und kam ins Rutschen. Gestern senkte sich die Erdschichte noch pro Stunde um einen Zentimeter talwärts.

Seit Samstag früh, 6 Uhr, befindet sich eine Abteilung des Bundesheeres - 38 Panzergrenadiere aus St. Pölten - im Einsatz. In pausenloser aufopferungsvoller Arbeit zogen die Soldaten, verstärkt durch 20 Arbeiter einer Baufirma, Entwässerungsgräben, um den rutschenden Hang soweit als möglich von den nachsickernden Wassermassen zu befreien. Stadtrat Pfösch und eine Kommission des Wiener Stadtbauamtes untersuchten an Ort und Stelle alle Möglichkeiten, um den Erdrutsch zu stoppen und die II. Hochquellenleitung dadurch vor dem Zusammengedrücktwerden zu retten. Gegenwärtig erwägen Experten die Möglichkeit, durch das Einrammen langer Pfähle den Hang gewissermaßen "festzunageln". Derzeit ist noch nicht sicher, ob die pausenlosen Bemühungen den gewünschten Erfolg zeitigen werden. Man erhofft sich jedoch vom günstigen Wetter des gestrigen und heutigen Tages eine gewisse Erleichterung der Situation.

AUA-Flugverbindung Wien-München eröffnet
=====Prominente bayerische Gäste von Wiener Stadtverwaltung empfangen

3. Mai (RK) Gestern abend ist eine Passagiermaschine der AUA mit dem Münchner Bürgermeister Brauchle sowie mehreren bayerischen Luftfahrt- und Fremdenverkehrsfachleuten in Wien eingetroffen. Damit ist die neue Flugverbindung der AUA, Wien-München, offiziell eröffnet. Die bayerischen Gäste, unter denen sich auch die Filmschauspielerin Luise Ulrich befand - sie begleitete ihren Gatten, den Direktor des Münchner Flughafens -, wurden heute mittag im Namen des Bürgermeisters von Stadtrat Mandl im Kursalon empfangen. An dem Empfang nahmen auch die Stadträte Bock, Dr. Glück, Heller, Pfoch und Sigmund teil. In herzlichen Tischreden unterstrichen Mandl und Brauchle die Wichtigkeit dieser Flugverbindung für Fremdenverkehr und Wirtschaft. Mittwoch wird eine AUA-Maschine als Gegenbesuch Vertreter Wiens nach München bringen, die noch am gleichen Abend den Rückflug nach Wien antreten werden.

- - -

250 Millionen Schilling Kapitalanlagen in einem Jahr
=====

3. Mai (RK) Fast 250 Millionen Schilling betragen im Jahr 1964 die Kapitalanlagen der Wiener Städtischen Versicherung und ihrer Konzernbetriebe. Seit 1949 haben diese insgesamt die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Eine Steigerung ist vor allem auf das Wachstum der Lebensversicherung zurückzuführen. 60 Prozent dieser zwei Milliarden entfallen auf die letzten fünf Jahre. Bemerkenswert ist der bedeutende Beitrag, der zur Finanzierung der Energiewirtschaft geleistet wurde.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 3. Mai
=====

3. Mai (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren
Inland: 75 Ochsen, 330 Stiere, 559 Kühe, 160 Kalbinnen, Summe
1.124. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurden: 75 Ochsen, 330
Stiere, 555 Kühe, 160 Kalbinnen, Summe 1.120. Unverkauft blieben:
4 Kühe.

Preise: Ochsen 13.80 bis 16.70 S, extrem 16.90 bis 17 S
(13 Stück), Stiere 13.50 bis 16.50 S, extrem 16.80 bis 17.30 S
(4 Stück), Kühe 10.50 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.50 S (6 Stück),
Kalbinnen 13.50 bis 15.80 S, extrem 15.90 bis 16 S (4 Stück);
Beinlvieh 8 bis 10.40 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Kalbinnen um zehn
Groschen je Kilogramm und erhöhte sich bei Ochsen um 48 Groschen,
bei Kühen um zwölf Groschen, Stiere notierten unverändert. Er
beträgt einschließlich Beinlvieh: Ochsen 15.36 S, Stiere 15.14 S,
Kühe 11 bis 12 S, Kalbinnen 14.27 S; Beinlvieh notierte unver-
ändert.

- - -

Frauen mit Karriere im Wiener Rathaus
=====

3. Mai (RK) Anlässlich des Weltkongresses der Internationalen Vereinigung der Unternehmerinnen, der gegenwärtig in Wien tagt, gab Bürgermeister Jonas heute abend einen Empfang in den Wappensälen des Rathauses. In seiner Vertretung begrüßte Stadtrat Maria Jacobi, die in Begleitung der Stadträte Dr. Glück, Dr. Prutscher und Sigmund gekommen war, die rund 400 arrivierten Damen recht herzlich. Stadtrat Maria Jacobi sprach zu diesem Anlaß gewissermaßen als "Kollegin" zu Geschlechtsgenossinnen, die im Wirtschaftsleben eine ähnliche Karriere hinter sich haben, wie das einzige weibliche Mitglied des Wiener Stadtsenates in der Politik. Sie bezeichnete es als große Ehre für die Stadt Wien, daß der diesjährige 16. Weltkongreß der Vereinigung Wien als Tagungsort ausersehen hat. Unsere Stadt hat nicht nur das "süße Wiener Mädel" hervorgebracht, sondern auch zahlreiche Frauen, die im Berufs- und Wirtschaftsleben "ihren Mann stellen" und bis in verantwortungsvollste Positionen vorgerückt sind. Die österreichischen Unternehmerinnen sind nun sehr stolz darauf, ihren Kolleginnen aus dem Ausland die Schönheiten Wiens, seine modernen Errungenschaften und sozialen Institutionen zeigen zu können. Abschließend wünschte Stadtrat Maria Jacobi den Teilnehmerinnen des Kongresses nicht nur lehrreiche und gewinnbringende, sondern auch angenehme, erholsame Tage in Wien, die ihnen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit Kraft geben mögen.

Die zahlreiche.. Länder umfassende Organisation von Unternehmerinnen hält alljährlich Gesamtkongresse ab, die sich mit der Stellung der Frau im Wirtschaftsleben befassen. Beim 16. Weltkongreß in Wien wird über "Die Teilzeitbeschäftigung" und über "Durchlaufende oder geteilte Arbeitszeit" diskutiert werden. Am Ende der Arbeitstagung wird eine Resolution gefaßt, die die Stellungnahme der Organisation zu diesen Themen darstellt.

Wien feiert Muttertag

=====

3. Mai (RK) Heute nachmittag fand auf dem Kahlenberg die erste von fünf Muttertagsfeiern statt, die die Stadt Wien in dieser Woche veranstaltet. 1.408 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und von Wohlfahrtsamt betreut werden, wurden dazu eingeladen. Heute fanden sich 284 Mütter ein, die mit Autobussen aus ihren Wohnbezirken zum Rathausplatz geführt wurden, wo ihnen die Kapelle der E-Werke ein Ständchen brachte. Von hier ging es in einem Konvoi festlich geschmückter Autobusse auf den Kahlenberg.

Stadtrat Maria Jacobi begrüßte die Mütter recht herzlich und stellte ihnen die Ehrengäste vor, die mit ihr gekommen waren. Es waren dies Vizebürgermeister Slavik und Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses des Wiener Gemeinderates. Stadtrat Maria Jacobi wußte zu berichten, daß die 284 Mütter der heutigen ersten Feier 589 Kindern das Leben geschenkt haben. Die 1.408 Muttertagsgäste der ganzen Woche haben insgesamt 2.600 Kinder. Besondere Grüße galten einer Mutter, die heute ihren 85. Geburtstag begeht und den drei Müttern mit den meisten Kindern. Eine davon hat elf Kinder, 15 Enkel und 7 Urenkel. Stadtrat Maria Jacobi teilte ihren Gästen mit, daß das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien für sie heuer als Erinnerungsgeschenk eine Kaffeetasse und ein mit Konfekt gefülltes Schokoladeherz vorbereitet habe.

In Vertretung von Bürgermeister Jonas überbrachte Vizebürgermeister Slavik den Müttern die Glückwünsche der Stadt Wien. Bürgermeister Jonas habe zum Zeichen seiner Verbundenheit mit den betagten Müttern der Stadt, die zu begrüßen er sich sonst nie nehmen ließ, für jede ein Tulpensträußchen mit einem persönlichen Gruß von ihm vorbereiten lassen. Vizebürgermeister Slavik erinnerte daran, daß die heutigen Ehrengäste schon manchen schweren und trüben Muttertag begehen mußten. Wenn heute bessere Zeiten herrschen, so haben dies unsere alten Mütter in erster Linie verdient, weil sie auch in aufopferungsvollster Weise dazu beigetragen haben.

Nach den Begrüßungsworten wurde den Müttern ein nettes künstlerisches Unterhaltungsprogramm dargeboten. Schüler der Opern- und Operettenklassen des Konservatoriums der Stadt Wien,

am Flügel begleitet von Professor Gmeiner, sangen Melodien von Eisler, Heuberger, Kalman, Strauß und Zeller und überraschten durch hervorragende Leistungen. Ein Bub und ein Mädchen der ersten Klasse des Realgymnasiums in der Maroltingergasse trugen Muttertagsgedichte vor und Josef Menschik erfreute die Zuhörer mit humorvollen Vorträgen.

Nach den Darbietungen teilten Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Maria Jacobi unter dem Surren der Fernsehkameras die Blumengrüße und die Muttertagsgeschenke an die Gäste aus.

In den Bezirken wurden den Müttern schon vorher Lebensmittelpakete überreicht. 786 Frauen können aus gesundheitlichen Gründen nicht auf den Kahlenberg kommen. Sie erhalten die Geschenke ins Haus. Seit Beginn der Muttertagsaktion der Stadt Wien im Jahre 1954 wurden bisher 40 Veranstaltungen für rund 14.000 Mütter durchgeführt.

- - -